

## Faktenbasierte Anregungen für eine neue Kultur in der Bildungspolitik und Bildungsreform: Kooperation und Augenmaß

*Lorenz Lassnigg*  
*Institut für Höhere Studien, equi: in\_Equality and Education*

### Executive Summary

Das IHS hat aufgrund der aktuellen Forschung und der langjährigen Erfahrungen in der Bildungspolitik eine neue umfassende Beurteilung der Probleme in der österreichischen Bildungspolitik angefertigt. Die wichtigste allgemeine Schlussfolgerung aus diesen Analysen ist, dass eine nachhaltige Verbesserung nur möglich ist, wenn sich alle Beteiligten auf eine neue Kultur der Zusammenarbeit verständigen. Wie die Verhandlungsergebnisse von November 2015 zeigen, ist kurzfristig eine große Reform unter den gegebenen Bedingungen nicht möglich. Vor allem die politischen Akteure und AkteurInnen müssen sich bewegen: die vorhandene Kultur von Schuldzuweisungen und übertriebenen Forderungen und ‚Reformhysterien‘ müssen in ein realistisches kooperatives Klima umgeformt werden.

Als Basis für einen konstruktiven Weg muss anstelle des eingebürgerten Schlechtredens und Skandalisierens eine realistische gemeinsame Bestandsaufnahme der Situation wie auch der Probleme in den Schulen und eine angesichts der gegebenen und möglichen Ressourcen realistische Formulierung gemeinsamer Erwartungen formuliert werden, denen alle Beteiligten in Politik und Praxis folgen können.

Die Expertise enthält konstruktive Handlungsvorschläge in den folgenden Bereichen, die alle unbedingt angegangen werden müssen, um die

Verbesserungen zu erreichen:

1. Professionalisierung der Praxis und professionelle Organisation parallel zur Interessenvertretung
2. Governance-Finzen: Herstellung von Transparenz der Ressourcenverwendung und Objektivierung des Finanzbedarfs
3. Autonomie möglichst weitgehend nach Bedarf projektförmig entwickelt, aber nicht um jeden Preis
4. Governance-AkteurInnenkonstellation: Analyse der Positionierung, Politik und Wirkungen der Interessenvertretungen der Lehrpersonen
5. Schulstruktur-Mittelstufe-Übergänge: State-of-the-Art-Review zu den Potentialen und Problemen einer gemeinsamen Schule aufgrund der wissenschaftlichen Ergebnisse zu den internationalen Reform-Erfahrungen
6. Geteilte Situationsdefinition und Erwartungen: Aufklärungs- und Deliberations-Prozess über die ideologischen Unterschiede und die Möglichkeiten und Notwendigkeiten einer gemeinsamen Basis der Beteiligten

Die IHS Expertise kann als Anfangspunkt für die weitere Ausarbeitung der Handlungsvorschläge dienen. Als erster Schritt könnte ein politischer Konsultationsprozess („Weissbuch“) aufgesetzt werden, der die weitere vorhandene Expertise berücksichtigt und ergänzt. Der vielleicht wichtigste Faktor der Umsetzung ist die bestehende tiefe Kluft zwischen der Praxis einerseits und der Politik und Forschung andererseits zu überbrücken und zu schließen.

### 1. Sackgasse ‚große Reform‘

Diese Expertise enthält konzeptive Schlussfolgerungen aus Forschungen zu bildungspolitischen Fragen, die seit den 1990ern am IHS durchgeführt wurden. Die wesentliche Botschaft besteht darin, dass in Österreich auf der Ebene der Politik die größeren Probleme liegen als auf der Ebene der Praxis in den Schulen. Aus diesem Grund wurde auch bereits in einem Bericht im Oktober 2015 antizipiert, dass die für November angesagte ‚große Reform‘ nicht funktionieren kann. Die Entwicklung seither hat bestätigt, dass sich die Bildungspolitik in eine Sackgasse manövriert hat, und dass für diesen Bereich ganz besonders das Diktum gilt: Inhalte statt Kompromisse. In der vorliegenden Expertise wird versucht die Grundprobleme zu analysieren, und in 12 Punkten die wichtigsten Elemente herauszuarbeiten, die für eine neue bildungspolitische Kultur unbedingt nötig sind. In dieser Kurzfassung wird die Grundbotschaft in geraffter Form zusammengefasst, und es werden abschließend grobe Handlungsvorschläge für die wichtigsten Bereiche eines Neustarts formuliert.

### 2. Unbedingte Voraussetzung für einen erfolgreichen Neuanfang ist ein ‚lagerübergreifender‘ inhaltlicher Diskurs

Ein Grundproblem besteht in der Art des Umganges mit den gegensätzlichen ideologischen und politischen Positionen, und der Verbindung dieses polarisierten Umganges mit den Strukturen des Bildungswesens auf der

Governance- und der Organisationsebene. Nicht gegensätzliche Positionen sind das Problem, das ist in einer Demokratie normal und zu erwarten, sondern dass diese nicht in einem vernünftigen inhaltlichen Diskurs behandelt werden. Es wird jede Gelegenheit genutzt, um Kampfpositionen aufzubauen, so dass ein vernünftiger Diskurs den Beteiligten bereits unmöglich erscheint. Dafür werden viele Beispiele angeführt. Eine speziell polarisierte Materie ist die Governancestruktur in der komplexen Form der Zuständigkeiten von Bund und Ländern. Diese ist einerseits im Hinblick auf Wirksamkeit und Effizienz nachweislich hochproblematisch, betrifft aber andererseits die Grundstruktur des Staatswesens, und ist absehbar aufgrund mangelnden Konsenses nicht änderbar. Ein wesentlicher Punkt der Expertise besteht darin, die politischen Implikationen dieser Situation zu analysieren. Zwei Schlüsse ergeben sich: erstens, es muss überlegt werden, wie mit dieser problematischen Struktur gearbeitet werden kann, wenn sie nicht änderbar ist; zweitens ergibt die nähere Analyse eine grundlegend widersprüchliche Struktur, die sich umfassend auswirkt: in der gegebenen Struktur sind politische Vorhaben nur möglich und umsetzbar, wenn die AkteurInnen kooperieren, diese Struktur treibt aber gleichzeitig die AkteurInnen gegeneinander, in dem sie eine Vielzahl an Konfliktpositionen und Veto-Punkten enthält und erzeugt. Eine neue Kultur erfordert daher, dass die AkteurInnen sich gegen diese Tendenzen dazu entschließen eine kooperative Orientierung einzunehmen, was einen deliberativen Diskurs erfordert. Die vielleicht wichtigste operative Frage aus dieser Einschätzung ist, wie ein solcher Diskurs aufgestellt werden kann (eine leicht nachvollziehbare Einsicht in einem deliberativen Diskurs besteht darin, dass Verhandlungen bei total gegensätzlichen Ausgangspunkten und gleich starken PartnerInnen nur in einem +/-Null-Kompromiss enden können, so dass man diese substantiell gar nicht zu beginnen braucht).

### 3. Gemeinsame Situationsdefinition und Erwartungen an das öffentliche Bildungswesen als Plattform

Es wird herausgearbeitet, was die wesentlichen Dimensionen der Inhalte sind, über die eine Verständigung nötig ist: Erstens eine gemeinsame Situationsdefinition, und zweitens die Einigung auf geteilte Erwartungen. In beiden Dimensionen sind Fakten und Evidenzen wichtig, aber diese können einen deliberativen Diskurs nicht ersetzen, weil sie niemals für sich selbst sprechen, und auch in fundamentalen Punkten meistens fehlen oder zu spät kommen. Die Illusion einer ‚Ersetzung von Ideologie durch Fakten‘ wird jedoch breit geteilt, und kann in einer Situation einer sehr schlechten Faktenlage naheliegend erscheinen, aber sie bleibt dennoch eine Illusion. Das wesentliche Merkmal eines deliberativen Diskurses besteht darin, dass argumentiert wird, dass die Beteiligten also sowohl ihre eigenen Argumente als auch die der jeweils anderen Beteiligten ernst nehmen. Es ist leicht zu zeigen, dass dies in den vorhandenen Diskursen nicht der Fall ist, sondern dass vordergründig und opportunistisch polemisiert wird. Anstelle einer realistischen Situationsdefinition sind die Diskurse (v.a. seit PISA 2000) von Abwertung und Skandalisierung geprägt, und die Erwartungen werden demgegenüber tendenziell unrealistisch hoch gesteckt. Beides muss zurechtgerückt werden, weil sich daraus die Ausgangssituation für die Politik ergibt. Die Bildungsstandards und die neue Reifeprüfung können viel beitragen, aber sie sind erst dann Errungenschaften, wenn sie nachhaltig für die Entwicklung der Praxis genutzt werden (können). Die Schaffung der Voraussetzungen dafür muss in den Fokus der Aufmerksamkeit rücken und betrifft viele Aspekte, von den Governance-Praktiken bis zur Professionalisierung und Weiterbildung – das ausgeprägte Sammeln von politischem Kleingeld untergräbt die Potentiale in diesen zentralen Entwicklungsbereichen. Ein wichtiger Bestandteil der Diskurskultur sind die Medien, die leider umfassend in die politischen Abwertungs- und Skandalisierungspraktiken verstrickt sind und diese auch noch verstärken.

### 4. Wesentliche Themenbereiche für inhaltliche Klärungen

Wesentliche Bereiche, in denen einseitige und polarisierte politische Positionierungen zur gegenseitigen Blockierung beitragen, sind

- *die Herstellung von Transparenz der Finanzierung und der Ressourcenströme,*
- *das Verständnis der fragmentierten Akteurskonstellation und der Rolle der Arbeitsbeziehungen und der Interessenvertretungen in der Governancestruktur,*

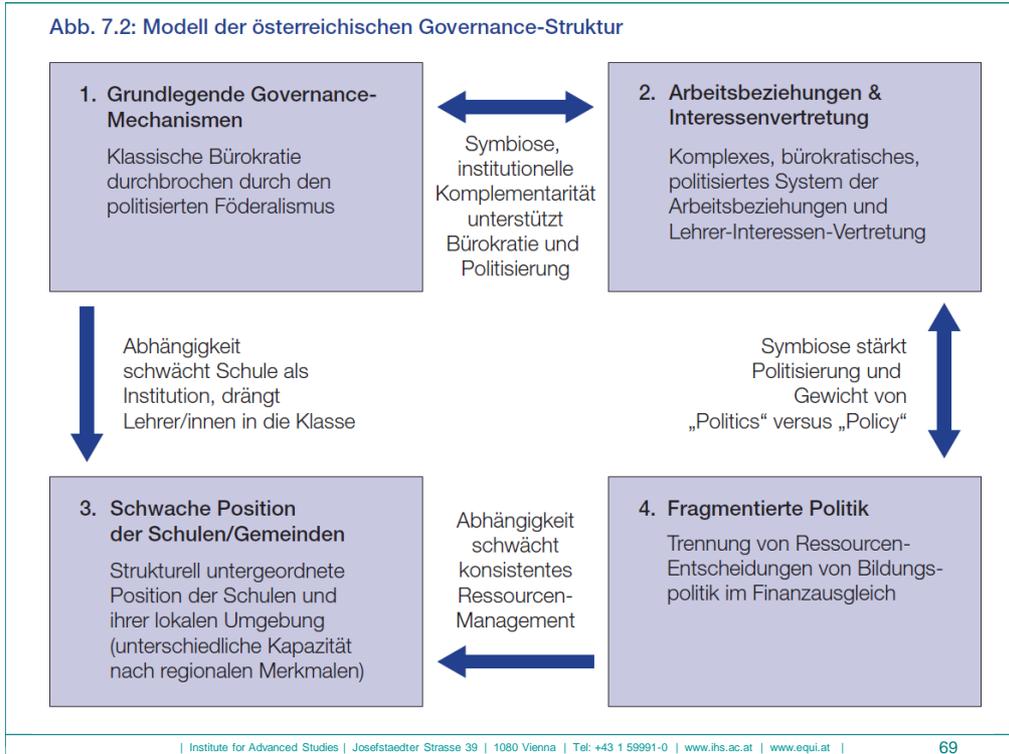
- *die Möglichkeiten und Grenzen von Schul- und Gemeinde-Autonomie als Governance-Instrument oder -Form, und*
- *die demokratischen Anforderungen an die Schulorganisation als einem wichtigen sozialen Verteilungsmechanismus.*

In allen diesen Bereichen herrschen stark vereinfachende aber falsche Vorstellungen über ‚Lösungen‘ vor und die nähere wissenschaftliche Betrachtung und Analyse hat gravierende Lücken und Fehleinschätzungen in den politischen Auseinandersetzungen ergeben, die zur Aufrechterhaltung der unproduktiven Blockierungen beitragen. Die Streitigkeiten um die Effizienz von Bundes- oder Länderinstitutionen haben die schwache empirische Basis der Reformvorschläge offenbart, das völlige Fehlen von Analysen zur Rolle und Politik der Interessenvertretungen negiert letztlich deren zentrale Rolle als Entscheidungs- und Umsetzungsfaktor, die politische Reduzierung der Rolle von Autonomisierung auf die pädagogische Dimension verschenkt ihre Potentiale in der Weiterentwicklung der Governancestruktur, und die weithin unreflektierten Kämpfe um die Schulorganisation binden einen wesentlichen Teil der politischen Energien auf unproduktive Weise. Eine wesentliche Frage, die in allen diesen Themen eine wichtige Rolle spielt und vordringlich geklärt werden muss, ist das Verhältnis zwischen den Strukturen und der Praxis. Dazu bestehen viele Missverständnisse, die teilweise systematisch geschürt werden. Die Strukturen sind weder bestimmend noch unbedeutend, aber üben wichtige Einflüsse aus, die als Voraussetzung einer vernünftigen Politik unbedingt näher geklärt werden müssen. Die Expertise enthält dazu einiges Material.

### **5. Professionalisierung der Praxis und produktive Nutzung von Forschung/Entwicklung**

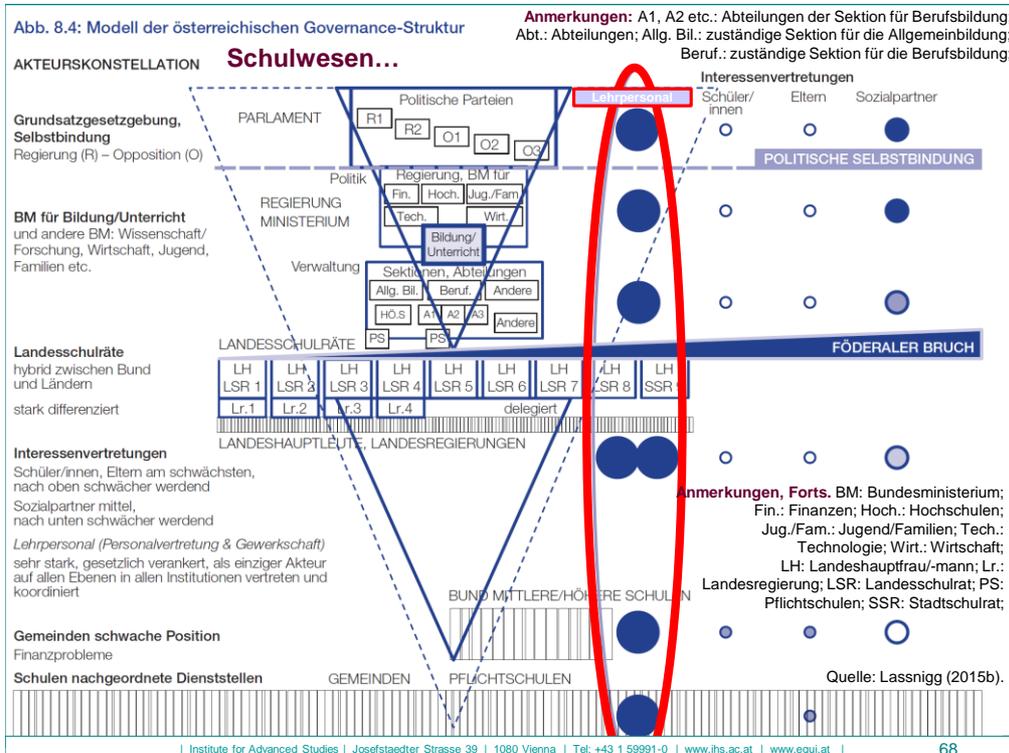
Die Analyse der Governancestruktur und der damit verbundenen Akteurskonstellation ergibt eine sehr schwache Positionierung der Praxis (der Lehrpersonen, der Schulen, und der Gemeinden) gegenüber den übergeordneten administrativen und politischen Instanzen (wobei sich letztere in den fragmentierten Strukturen gegenseitig in Schach halten und behindern und daher nicht wirksam agieren können). Dies ergibt in Summe nicht nur eine unübersichtliche Struktur, sondern ein unsteuerbares Konglomerat von Widersprüchlichkeiten (einen scheinbaren Zentralismus, in dem die Zentrale nichts durchsetzen kann; eine Fülle an Vorschriften und Reformen, die jedoch nicht viel mehr als Vorschläge sind, etc.) Die Interessenvertretungen verteidigen konsequent die erworbenen Rechte, führen aber einen durch materielle Interessen geprägten Abwehrkampf gegen Innovationen. Durch Forschung und Entwicklung (F&E) wie auch durch reflektierende Praxis vorangetriebene und unterstützte Innovationen sind unverzichtbares Lebenselixier jeder professionellen Tätigkeit. In der gegebenen AkteurInnenkonstellation hat sich jedoch eine Situation entwickelt, in der zwischen der Praxis einerseits und der F&E andererseits tiefe Gräben und Gegensätze bestehen. Die Interessenvertretungen führen einen mehr oder weniger offenen Kampf gegen die angeblich ‚praxisfremde‘ Wissenschaft (vorzugsweise mit dem Bifie als ‚Pappkamerad‘), und die wissenschaftlichen Ergebnisse finden in den gegebenen Strukturen nur schwer ihren Weg in die Praxis. Ein Faktor dabei ist die einerseits schwache und andererseits stark administrativ kontrollierte Tradition der Bildungsforschung, die diese in letzter Zeit vor allem als ‚Überbringer schlechter Nachrichten‘ erscheinen lässt (z.B. Nichterfüllung der Bildungsstandards). Diese Konstellation trägt auch zu den dominierenden Abwertungsdiskursen bei. Aufgrund der Analyse, dass Innovation und professionelle Diskurse keine etablierte Stimme haben, wird vorgeschlagen, wesentliches Augenmerk auf die Unterstützung des Aufbaus einer zivilgesellschaftlich selbst-organisierten professionellen Vertretung der Lehrpersonen zu legen. Dabei sollte von den zahlreichen und vielfältigen vorhandenen innovativen Aktivitäten in der Praxis ausgegangen werden, die im Gegensatz zu den allseits betonten Problemen in der Öffentlichkeit nicht bekannt sind, um erstens diesen Entwicklungen eine Stimme zu geben, und diese dann in der weiteren Folge – in Verbindung mit der F&E und der (neuen) LehrerInnenbildung – als ein tragendes Element in die politischen Diskurse und die praktische Weiterentwicklung einzubringen. Ein systematischer Aufbau der Forschung, und die systematische Stärkung ihrer Verbindung mit der Praxis, inklusive des wissenschaftlichen Auslotens der Potentiale und Grenzen der Professionalisierung im Schulwesen wären wichtige Elemente dieser Entwicklung.

Illustration 1: Governance-Modell lt. NBB 2015



Quelle: entnommen <http://www.equi.at/dateien/oefg-2016-allg-beruf-pdf.pdf>

Illustration 2: AkteurlInnenkonstellation lt. NBB 2015



Quelle: entnommen <http://www.equi.at/dateien/oefg-2016-allg-beruf-pdf.pdf>

## 6. Handlungsvorschläge

Die folgenden Punkte skizzieren politische Handlungsvorschläge, die sich aus den Analysen und Erwägungen ergeben. Im Unterschied zur bisherigen Praxis nicht-faktenbasierter politischer (Geheim)-Verhandlungen im mehr oder weniger kleinen und exklusiven Kreis sollten diese Aktivitäten auf breiterer Basis in deliberativen Diskursen vorbereitet werden, sowohl um eine sinnvolle Vorgangsweise zu finden, als auch um die nötige Akzeptanz und Kooperationsbereitschaft vor allem auf der Praxisebene aufzubauen. Erstens müsste eine organisatorische Struktur gefunden werden, um die vielfältigen engagierten AkteurInnen für einen Neustart zu gewinnen, der die angesprochenen inhaltlichen Probleme in den Mittelpunkt stellt, und sie in diesen Prozess einzubeziehen. Zweitens sollte ein realistischer mittel- bis längerfristiger Zeithorizont ins Auge gefasst werden, der jenseits der aktuell verbreiteten ‚Panikmache‘ liegt. Ein Anfangspunkt könnte ein möglichst breiter und umfassender Konsultationsprozess sein, ev. auf Basis eines Weißbuches (die vorliegende Expertise könnte in entsprechend kommentierter und durch parallel vorhandene Materialien und Expertisen weiterentwickelter Form einen Ansatz bilden). Weitere Ansatzpunkte ergeben sich aus den Vorschlägen.

Die Reihenfolge der Vorschläge enthält eine gewisse Gewichtung nach Priorität, obwohl alle als notwendig angesehen werden und parallel angegangen werden sollten. Wesentlich ist, dass ein Momentum unter den AkteurInnen in Richtung einer neuen kooperativen Praxis entsteht und gefördert wird. Um dieses in Gang zu bringen kann und sollte auch die Vorbereitungsphase genützt werden (ev. sollten explizit dafür ‚Meilensteine‘ definiert werden: woran kann man dieses Momentum erkennen?).

### **a. Professionalisierung: Inventory der innovativen Aktivitäten, Konzeption und Entwicklung (zivilgesellschaftlicher) professioneller Organisation**

Dieser Handlungsvorschlag ist entscheidend, um die politische Abwertungslogik zu brechen, und die Kluft zwischen der F&E einerseits und der Praxis andererseits zu schließen. Er besteht in einer ersten Ausformung aus drei Elementen: (i) es wäre auf Basis von sinnvollen Kriterien ein Inventory aller vorhandenen innovativen Aktivitäten auf der Praxis/Schulebene zu erarbeiten (Ziele, Methoden, Beteiligte), (ii) parallel wäre eine theoretische und konzeptionelle Klärung sinnvoller und anwendbarer Ansätze zur Professionalisierung anzustellen, (iii) wäre unter Berücksichtigung internationaler Erfahrungen ein Organisationskonzept für eine zivilgesellschaftliche professionelle Organisation zu entwickeln.

Angesichts der problematischen Strukturen sollten diese Ansätze so weit wie möglich selbstorganisiert erfolgen, und am vorhandenen Engagement anknüpfen. Eine Zusammenarbeit mit den Institutionen der LehrerInnenbildung wäre anzustreben, aber diese sollten den Ansatz nicht dominieren. Ebenso wäre eine Unterstützung durch die politischen Institutionen anzustreben.

### **b. Governance-Finzen: Herstellung von Transparenz der Ressourcenverwendung und Objektivierung des Finanzbedarfs**

Dieser Handlungsvorschlag ist entscheidend für die Herstellung von Vertrauen unter den AkteurInnen und für die Abschwächung der ‚Machtspiele‘ rund um die Finanzierungsfragen. Es besteht insbesondere ein starker Zusammenhang zu den Fragen der Autonomie, da Maßnahmen in dieser Richtung im Kontext der Einsparungen im Finanzrahmen zur Budgetkonsolidierung (Stichwort ‚Finanzierungsloch‘) wieder ernste Gefahr läuft als ‚Verteilung des Mangels‘ zu erscheinen und diskreditiert zu werden. In diesem Bereich besteht auch angesichts der laufenden Verhandlungen zum Finanzausgleich und der Umsetzung der Regierungsreform 2015 zu den Governancestrukturen zwischen Bund und Ländern dringender politischer Handlungsbedarf. Ohne ernsthafte und nachhaltige Schritte zur Herstellung der Transparenz der Ressourcenverwendung besteht die Gefahr, dass hier auf Jahre hinaus (wieder) falsche Weichenstellungen erfolgen. Auch für die Umsetzung einer indexgesteuerten Ressourcenverteilung ist die Objektivierung des Finanzbedarfs eine entscheidende Voraussetzung und durch die Anforderungen der Versorgung und Integration der Flüchtlinge stellen sich ebenfalls Ressourcenfragen.

In diesem Bereich sind drei Aspekte zentral: Erstens erfordert die Objektivierung des Finanzbedarfs eine faktenbasierte und belastbare Einschätzung des Status-quo (sind die Ressourcen im Vergleich zum Bedarf grosso modo ausreichend, zu hoch oder zu niedrig? Wo bestehen Notwendigkeiten und Möglichkeiten für Umschichtungen?); zweitens muss die Ressourcenverwendung objektiviert werden was eine Vereinheitlichung der statistischen Klassifikationen über die verschiedenen Einheiten hinweg und in ausreichender sachlicher und regionaler Aufgliederung erfordert, um die Finanzinformationen auf die Sachinformationen (SchülerInnen, Prozessfaktoren, Infrastruktur, Lehrpersonen etc.) systematisch beziehen zu können; drittens muss insbesondere die Informationsbasis über die Personalausgaben transparent gemacht werden, wobei insbesondere auch die zweifelsfreie Identifikation der Verwaltungsausgaben eine entscheidende Herausforderung darstellt (die in der Regierungsreform 2015 vorgeschlagene Vereinheitlichung und Zusammenführung der Personalinformationssysteme der Länder auf der Bundesebene ist ein wichtiger Schritt, aber reicht nicht aus, da damit noch keine Transparenz für die Öffentlichkeit hergestellt wird).

### **c. Autonomie: sorgfältig geplante und begleitete ‚Demonstration-Projects‘ zur bottom-up Erprobung auf Gemeinde- und Schulebene**

Dieser Handlungsvorschlag ist entscheidend für eine längerfristige graduelle Veränderung der Governance-Strukturen durch das Ausloten von praktisch wirksamen Verbesserungen und Neugewichtungen unter den AkteurInnen. Die Entwicklung von Autonomie enthält so weite Spielräume – und auch Probleme – bei den Verwirklichungsmöglichkeiten, dass zum gegenwärtigen Zeitpunkt die Voraussetzungen für eine generelle top-down Regelung nicht gegeben sind. Es besteht die ernste Gefahr, dass sich gravierende Fehler, wie sie in der ersten Welle sogenannter ‚Autonomisierung‘ in den 1990ern gemacht wurden, wiederholen. Darüber hinaus bestehen auf dieser Ebene konfliktträchtige Fragen, die mit der grundlegenden gesetzlichen und verfassungsmäßigen Einbettung der Autonomie in die öffentlich-rechtlichen Strukturen und der formen privatwirtschaftlicher Verwaltung zusammenhängen (wie kann der öffentliche Auftrag der demokratischen Erziehung in autonomisierten Strukturen gesichert werden?)

Bei einer systematischen bottom-up Erprobung von möglichst weitgehenden schultypenübergreifenden Autonomie-Potentialen auf Gemeinde- und Schulebene könnten mehrere Aspekte gleichzeitig gelöst werden: Erstens könnte der Bedarf nach Autonomisierung direkt unter den AkteurInnen auf der Praxisebene ausgelotet werden, zweitens könnten Akzeptanzfragen im Hinblick auf die Relation von Autonomie und Verantwortlichkeit geklärt werden (trotz nunmehr schon jahrzehntelanger ‚Autonomisierungs‘-Aktivitäten ist nicht klar, wie weit z.B. unter den Lehrpersonen das Bedürfnis und die Akzeptanz für eine erhöhte Übernahme professioneller Verantwortung besteht), drittens können die praktischen Potentiale und Probleme für eine verstärkte und bereichs- und schultypenübergreifende Zusammenarbeit auf lokaler Ebene ausgelotet und erprobt werden, viertens werden dadurch auch die Schnittstellenprobleme direkt auf der praktischen Ebene der AkteurInnen erfahrbar und behandelbar (was derzeit immer die Dazwischenkunft übergeordneter Instanzen bis hin zur Gesetzgebung und Verfassung erfordert, wie das erste Schulrechtspaket zeigt).

Eine sorgfältige Planung würde folgende Anforderungen erfüllen müssen: Erstens muss eine gesetzliche Möglichkeit (aber zunächst keine Verpflichtung) für möglichst weitgehende Autonomie geschaffen werden; zweitens müssen die lokalen Strukturen analysiert und offengelegt werden, um die Kontexte der Schulstrukturen auf Gemeinde-Ebene näher zu kennen (die aufgrund der gegenwärtigen fragmentierten Struktur auch den unmittelbaren AkteurInnen nicht unbedingt klar sind); drittens müssen die Voraussetzungen geschaffen werden, dass die AkteurInnen ihre Bedarfe übergreifend klären können, ohne dass dies innerhalb der gegebenen engen Strukturvorgaben begrenzt ist (hierzu sind vermutlich intermediäre Vermittlungs-Instanzen erforderlich, um übergreifende Akteurskonstellationen anzustoßen; dabei könnten die ‚Demonstration-Projects‘ sowohl nach systematischen Gesichtspunkten wie z.B. nach bestimmten Gemeindetypologien, als auch nach praktischen Gesichtspunkte gegebener Problem- oder auch Kooperationskonstellationen angestoßen werden, wobei aber jedenfalls der Bedarf von bottom-up gegeben sein muss); viertens muss wirksame Unterstützung bei den praktischen Problemen und eine Auswertung der Erfahrungen sichergestellt werden.

#### **d. Governance-AkteurInnenkonstellation: vertiefende Analyse der Positionierung, Politik und Wirkungen der Interessenvertretungen der Lehrpersonen**

Hier geht es darum, explizit die Position der Interessenvertretungen als einziges durchorganisiertes ‚Rückgrat‘ der Governance-Struktur explizit zu machen und die politische Praxis in diesem Bereich wie auch ihre Wirkungen wissenschaftlich und empirisch belastbar zu dokumentieren und zu erforschen: In welchen Bereichen und zu welchen Fragen wird wie interveniert und wie stellen sich die Interventionspotentiale der Interessenvertretungen konkret dar? Wie verwirklicht sich die Symbiose mit der Bürokratie und mit dem politisierten Föderalismus? Wie werden die Aktivitäten auf der Praxisebene der Schulen und Lehrpersonen beeinflusst? Welche ‚politischen Objekte‘ werden produziert, was wird gefördert, was wird bekämpft? Wie wird in die Diskurse eingegriffen? Wie stellt sich das Verhältnis zwischen gewerkschaftlicher Verteidigung der materiellen Interessen einerseits und der Förderung professioneller Interessen andererseits dar? Welche Interferenzen bestehen zwischen diesen beiden grundlegenden Aspekten?

Dieser Handlungsvorschlag zielt darauf ab, die Rolle der Interessenvertretungen in der Praxis und Politik von einer informellen und impliziten Wissens-Ebene (wo sie in den Diskursen zwar stark ‚unter dem Tisch‘ in Form von – durchaus widersprüchlichen – Überzeugungshintergründen mitschwingt, aber kaum offen und direkt thematisiert werden kann) auf eine belastbare und formalisierte Wissensebene zu heben, und dadurch einerseits ihre zentrale Rolle anzuerkennen, aber sie auch andererseits in neuer Weise diskutierbar und auch kritisierbar zu machen. Wesentlich ist auch hier an der Überbrückung von bestehenden Gräben und der Bekämpfung von zweifellos bestehenden Freund-Feind-Schemata zu arbeiten.

#### **e. Schulstruktur: Methodisch einwandfreier State-of-the-Art-Review zu den Potentialen und Problemen einer gemeinsamen Schule aufgrund der wissenschaftlichen Ergebnisse zu den internationalen Reform-Erfahrungen**

Dieses wichtige umstrittene und polarisierende Thema muss sowohl im Hinblick auf die sachlichen (pro- und contra)-Erwartungen als auch auf die politischen Wirkungen einem ‚Systematic Review‘ unterzogen werden, um dem demagogischen und polemischen Streit den Boden zu entziehen. Es gibt mittlerweile jahrzehntlange Erfahrungen in vielen Ländern mit gesamtschulischen Strukturen, und es gibt überall ähnliche polemische Auseinandersetzungen, aber es gibt auch Forschung darüber. Die Erfahrung in den österreichischen Diskursen zeigt, dass hier nicht auf einem bereits gegebenen Wissensstand aufgebaut wird. Die internationalen Erfahrungen werden über weite Strecken ignoriert, oder auch manchmal polemisch selektiv und aus dem Zusammenhang gerissen verwendet (auch dies ist nicht nur eine österreichische Spezialität).

Von einem derartigen Review ist nicht zu erwarten, dass einwandfreie pro- oder contra-Argumente für eine bestimmte strukturelle Konfiguration herauskommen, aber es ist erstens eine Rationalisierung der argumentativen Strukturen und eine Entlastung der ‚Kampftemen‘ zu erwarten, wie auch zweitens eine Klärung der argumentativen Horizonte in dieser komplexen Thematik der Schulstrukturen: Welche Wirkungen können strukturelle Änderungen entfalten? Welche Kriterien werden in den Diskursen herangezogen und welche empirischen Ergebnisse gibt es dazu?

Aus einem derartigen Review wird einerseits klar, dass es sich bei der gemeinsamen Schule um ein dauerhaftes schwieriges umfassendes komplexes Projekt handelt, das die mit dem Schulwesen verbundenen Verteilungsprobleme bis zu einem gewissen Grad moderieren aber nicht (und schon gar nicht dauerhaft ein-für-alles-mal) lösen kann, andererseits wird aber auch klar, dass die Streitigkeiten über Prozentsätze und die angedachten Modellregionen zwar (ebenfalls im Sinne von ‚Demonstration-Projects‘) vieles ausloten können, dass diese aber zur politischen Entscheidung über das ‚Tracking‘ nichts Belastbares beitragen können, sondern diese nur hinausschieben und damit den Konflikt am Kochen halten.

#### **f. Geteilte Situationsdefinition und Erwartungen: Deliberations-Prozess über die ideologischen Unterschiede aufsetzen**

Dieser Handlungsvorschlag ist entscheidend, um eine realistische politische Programmatik zu entwickeln, die trotz der ideologischen Unterschiede von den AkteurInnen soweit geteilt werden, dass eine kooperative

Entwicklung möglich ist. Hier wären die institutionalisierten politischen AkteurInnen angesprochen, um den geforderten kooperativen politischen Diskurspfad aufzubauen. Wesentlich wäre dabei die vorhandenen politischen Initiativen, die teilweise miteinander konkurrieren, zusammenzuführen und in einen Austausch zu bringen.

Als Ansatzpunkte könnten die verschiedenen bereits parallel laufenden größeren politischen und professionellen Initiativen genutzt werden (ohne Anspruch von Vollständigkeit: Nationale Bildungsberichte, Ergebnisse und Vorschläge zu den Bildungsstandards, LLL:2020-Strategie, Indikatoren zur effizienten Verwaltungsführung der Ministerien/öffentlichen Stellen, Materialien und Follow-ups zum Bildungsvolksbegehren, Initiativen und Stellungnahmen der SozialpartnerInnen, Materialien und Vorschläge zur neuen PädagogInnenbildung sowie zur Bifie-Reform, Vorschläge der Zukunftskommission, Vorschläge zu Governance-Reformen seitens des RH, sowie von IBW und management-club, Neustart Schule der IV, Projekt mündige Schule, Regierungsvorschläge 2015 und vorbereitende Materialien, Empfehlungen der OEEG-Arbeitsgruppe Bildung und Ausbildung etc.). Diese müssten erstens systematisch zusammengeführt werden (statt sie unverbunden parallel und teilweise im Wettbewerb zu verfolgen) und zweitens sollte versucht werden, über die Unterschiede hinweg zu gemeinsamen Situationsdefinitionen und Erwartungsbildungen zu finden, anstatt sich von/gegen-einander abzugrenzen. Eine Möglichkeit für einen Anfangspunkt wäre eine formelle Diskursanalyse über diese Aktivitäten hinweg, um die vorhandenen Argumentationsräume systematisch aufzudecken und darzustellen. Wesentlich an diesem Vorschlag ist, dass diese Aktivitäten im Vorfeld von politischen Verhandlungen die Grundlagen neu aufbereiten und den Argumentationsraum erweitern und vertiefen müssen, da in der gegenwärtigen Konstellation politische Verhandlungen bereits auf den unfruchtbaren konfliktgeladenen ‚eingegrabenen‘ Stellungen und Kampfpositionen aufbauen und Minimalkompromisse zwischen unvereinbaren Polaritäten suchen.

- Die *Situationsdefinition* müsste eine möglichst breit geteilte Einschätzung der Qualität erzielen und es müsste insbesondere der bestehende Grundkonflikt zwischen Verfechtern der quantitativ gestützten ‚Evidenzen‘ (PISA und internationale Leistungserhebungen, Bildungsstandards, Maturaergebnisse, weitere Statistiken zu Partizipation, Schulerfolg, Abbrüchen etc.) einerseits und mehr qualitativ-pädagogisch-philosophisch gestützten Einschätzungen und Urteilen andererseits bearbeitet werden, um zu geteilten Einschätzungen zu kommen; da eine Einschätzung der Qualität immer einen Maßstab erfordert, müsste insbesondere auch eine begründete Einigung über diesen Maßstab und die dafür verwendeten Kriterien erfolgen – mehr oder wenig beliebig herausgegriffene Indikatoren aus dem internationalen oder dem EU-Kontext reichen nicht aus um eine geteilte Situationsdefinition zu erzielen. Wichtig ist auch eine Gesamteinschätzung über die verschiedenen Dimension und Bereiche des Bildungswesens hinweg, um eine nachhaltige Grundlage für Prioritätensetzungen aufzubauen. Der NBB enthält eine zusammenfassende Einschätzung von wichtigen Prioritäten, die aus den Analysen abgeleitet sind und folgende Themen ansprechen und in Grundzügen konkretisieren: (i) Übergangs- und Selektionsprobleme an den Schnittstellen der Volksschule zur Sekundarstufe und zur vorschulischen Bildung, (ii) Verbreitung und Umsetzung von Methoden förderlicher Leistungsbeurteilung; (iii) Verringerung ethnisch-kultureller Segregation im Schulwesen vor allem im Hinblick auf institutionelle Faktoren, (iv) Schulsozialarbeit und Schulpsychologie für verstärkte Prävention und Krisenintervention im Zusammenhang mit Risiken für frühen Schulabbruch. Diese faktenbasierten Beurteilungen können einen Ausgangspunkt bei der Erarbeitung einer geteilten Situationsdefinition abgeben.

- Für die *Erwartungsbildung* sind sowohl realistische Ziele als auch deren Verhältnis zur Situationsdefinition und den verfügbaren Ressourcen wichtig. Es wurde gezeigt, dass der Diskurs durch vielfach überzogene und uneinlösbare Erwartungen gekennzeichnet ist, die letztlich eine Abwertung des öffentlichen Bildungswesens wie auch der politischen Verbesserungsbemühungen bewirken. Eine wichtige Aufgabe für die Erwartungsbildung wäre daher Druck aus dem Diskurs herauszunehmen und einlösbare Erwartungen für das öffentliche Bildungswesens zu formulieren, die sowohl mit der Entwicklung der Anforderungen als auch mit den verfügbaren Ressourcen im Einklang stehen. Wichtig wäre insbesondere auch, bei der Erwartungsbildung die Praxisebene nicht aus den Augen zu verlieren. Entscheidende Anknüpfungspunkte für die Erwartungsbildung sind auf der quantitativen Dimension die Bildungsstandards wie auch die Kompetenzformulierungen der

Leistungserhebungen, und auf der qualitativen Dimension einerseits eine geteilte Einschätzung zu den Fragen der Kompetenzorientierung und der Kompetenzformulierungen (die im bildungspolitischen Diskurs stark umstritten sind), wie auch andererseits die Verknüpfung der Erwartungen und Prioritäten mit den Verantwortlichkeiten in der pädagogischen Praxis (hier ist die Diskussion um Mindeststandards vs. Durchschnittsstandards, wie auch die Frage nach Konsequenzen und Folgewirkungen aus der Erreichung-Nicht-Erreichung von Vorgaben von zentraler Bedeutung). Als Ansatzpunkt für die Erarbeitung geteilter Erwartungen könnten die Indikatoren und Benchmarks aus der LLL:2020 Strategie dienen.

## **ANHANG: Zugrundeliegende Forschung und Expertisen**

### **Arbeiten am IHS**

#### Direkte Quellen und Grundlagen für die vorliegende Expertise

- Lassnigg, Lorenz (2015) Politics – Policy – Practice. Eckpunkte einer sinnvollen Weiterentwicklung des Schulwesens. IHS-Forschungsbericht für AK (Oktober). Langfassung: <http://www.equi.at/dateien/ak-reform-lang.pdf>; Kurzfassung: <http://www.equi.at/dateien/ak-reform-kurz.pdf>; Präsentation: <http://www.equi.at/dateien/ak-reform-praes.pdf>
- Lassnigg, Lorenz; Vogtenhuber, Stefan (2015) Challenges in Austrian educational governance revisited. Re-thinking the basic structures. (May) IHS Sociological Series 107. <http://www.ihs.ac.at/fileadmin/public/soziologie/pdf/rs107.pdf>
- Lassnigg, Lorenz; Bruneforth, Michael; Vogtenhuber, Stefan (2016) Ein pragmatischer Zugang zu einer Policy-Analyse: Bildungsfinanzierung als Governance-Problem in Österreich. In NBB 2015 Bd.II, S.305-352. [https://www.bifie.at/public/downloads/NBB2015/NBB\\_2015\\_Band2\\_Kapitel\\_8.pdf](https://www.bifie.at/public/downloads/NBB2015/NBB_2015_Band2_Kapitel_8.pdf)
- Lassnigg, Lorenz (2016) Complexity in a bureaucratic-federalist education system, in: Tracey Burns and Florian Köster (ed.), Governing Education in a Complex World, OECD, Paris, pp. 115-137. Doi: <http://dx.doi.org/10.1787/9789264255364-en>
- Lassnigg, Lorenz (2016) Education as a hostage of politics. Governance and knowledge in a bureaucratic-federalist system. IHS-Reihe Soziologie No.113 (Januar) <https://www.ihs.ac.at/fileadmin/public/soziologie/rs113.pdf>
- Lassnigg, Lorenz; Vogtenhuber, Stefan (2014) Das österreichische Modell der Formation von Kompetenzen im Vergleich, in: Statistik Austria (Hrsg.), Schlüsselkompetenzen von Erwachsenen – Vertiefende Analysen der PIAAC-Erhebung 2011/12, Statistik Austria, Wien, S. 49-79. Beitrag: [http://www.equi.at/dateien/lassnigg-vogtenhuber\\_2014\\_ko.pdf](http://www.equi.at/dateien/lassnigg-vogtenhuber_2014_ko.pdf); Bericht: <http://www.equi.at/dateien/IHS-PIAAC.pdf>
- Altrichter, Herbert; Brauckmann, Stefan; Lassnigg, Lorenz; Moosbrugger, Robert; Gartmann, Gabriela Barbara (2016) Schulautonomie oder die Verteilung von Entscheidungsrechten und Verantwortung im Schulsystem, in: Bruneforth, Michael; Eder, Ferdinand; Krainer, Konrad; Schreiner, Claudia; Seel, Andrea; Spiel, Christiane (Hrsg.), Nationaler Bildungsbericht Österreich 2015, Band 2: Fokussierte Analysen bildungspolitischer Schwerpunktthemen., Leykam, Graz, S. 263-303. <http://www.equi.at/dateien/nbb2015-autonomie-k2-7.pdf>

#### Vorträge

- Lassnigg, Lorenz (2016) Bildung und Ausbildung in Österreich... Vortrag im Workshop der ARGE Bildung und Ausbildung der Österreichischen Forschungsgemeinschaft "Bildung und Ausbildung: Realität und Vision" 30./31.Mai 2016, Wien. <http://www.equi.at/dateien/oefg-2016-allg-beruf-pdf.pdf>
- Lassnigg, Lorenz (2016) Ein pragmatischer Zugang zu einer Policy-Analyse: Bildungsfinanzierung als Governance-Problem in Österreich. Präsentation im Symposium zum Nationalen Bildungsbericht 2015, 27. Juni 2015, Wien. <http://www.equi.at/dateien/nbb2015-finanz-pdf.pdf>

#### Weitergehende synthetisierende Publikationen Materialien

- Lassnigg, Lorenz (2016), Ambivalenz und Komplexität - die österreichische Bildungspolitik im Europäischen und internationalen Kontext, in: Erler, Ingolf; Schnell, Philipp; Sertl, Michael (Hrsg.), Musterland oder renitente Provinz? Österreich und der Europäische Bildungsraum, Schulheft 161, StudienVerlag, Innsbruck, S. 31-43. <http://www.equi.at/material/schulheft.pdf>
- Lassnigg, Lorenz (2015), Die ersten 20 Jahre EU in der österreichischen Bildungspolitik. Vorsichtige Distanz, Verwirrung, akzentuierte Kritik, produktive Nutzung, opportunistische Anpassung..., in: Maurer, Andreas; Neisser, Heinrich; Pollak, Johannes (Hrsg.), 20 Jahre EU-Mitgliedschaft Österreichs, Wien: Facultas, S. 147-165. <http://www.equi.at/dateien/draft-eu-20-ext.pdf>
- Lassnigg, Lorenz (2015) Das "österreichische Modell" der Bildungsungleichheit: Hohe soziale Reproduktion, starke Umverteilung, politische Polarisierung. IHS Reihe Soziologie No. 109 (December) <http://irihs.ihs.ac.at/3817/1/rs109.pdf>

Lassnigg, Lorenz (2015) 'Muddling through' and historical institutionalism – Explanatory devices for the long term development of the dualistic Austrian VET system. IHS Sociological Series No. 108 (October)

<http://irihs.ihs.ac.at/3735/1/rs108.pdf>

Lassnigg, Lorenz (2016) Apprenticeship policies in comparative perspective. ET-structures, employment relationship, export.

IHS Sociological Series No.114 (February) <http://irihs.ihs.ac.at/3898/1/rs114.pdf>

**Zusätzliche weitergehende Quellen zu spezifischen Aspekten**

Bildungsforschung/Professionalisierung

Lassnigg, Lorenz (2008) Bildungsforschung in Österreich als Ressource wissenschaftlicher Bildungspolitik und

Schulentwicklung: Ist-Stand und Perspektiven für eine verbesserte Nutzung. Input-Papier für NBB-2009-

AutorInnengruppe (Juni, 'work in progress'). Internet: <http://www.equi.at/dateien/bildungsforschung-oest-08.pdf>

Finanzierung

Lassnigg, Lorenz; Vogtenhuber, Stefan (2015) Zukunftsausgaben Unterricht, Wissenschaft und Forschung im Finanzrahmen

bis 2018 - einige deskriptive Ergebnisse und Darstellungen. IHS-Forschungsbericht für AK, überarbeitete Endversion

(Dezember). Wien <http://www.equi.at/dateien/AK-FinanzR-2018.pdf>

Governance Stadt-Land

Lassnigg, Lorenz (2016) Urban education in Austria – 'repression' of the topic and a 'reversed' political agenda. Draft-

Contribution to the second edition of the International Handbook on Urban Education (March)

<http://www.equi.at/material/draft-AT-urban-1.pdf>

## **Weitere ausgewählte Berichte und Expertisen aus Österreich und international**

**Offizielle Berichte und Materialien**

Bifie (2016) Konzepte und Materialien zu Bildungsstandards, Internet <https://www.bifie.at/bildungsstandards>

Lenkungsgruppe (2015) Empfehlungen der Lenkungsgruppe BIFIE-Reform. Endbericht an Frau Bundesministerin Gabriele

Heinisch-Hosek (Juni). <https://www.bmb.gv.at/ministerium/vp/2015/20150608a.pdf?4x84rb>

BMBWK-Bundesministerium für Bildung, Wissenschaft und Kultur (Hg.) (2005) Abschlussbericht der Zukunftskommission an

Frau Bundesministerin Elisabeth Gehrler 6.4.2005 [http://www.plattform-](http://www.plattform-educare.org/Datenbank/Abschlussbericht%20Zukunftskommission%20April%202005.pdf)

[educare.org/Datenbank/Abschlussbericht%20Zukunftskommission%20April%202005.pdf](http://www.plattform-educare.org/Datenbank/Abschlussbericht%20Zukunftskommission%20April%202005.pdf)

BMBWK-Bundesministerium für Bildung, Wissenschaft und Kultur (Hg.) (2003) Reformkonzept der österreichischen

Zukunftskommission. Zukunft:Schule - Strategien und Maßnahmen zur Qualitätsentwicklung. Erstfassung vom

17.10.2003 <http://entep.unibuc.eu/documents/natdocs/Austriazukunftschule.pdf>

BMBWK- Bundesministerium für Bildung, Wissenschaft und Kultur, Schulführende Sektionen für das allgemein bildende und

berufsbildende Schulwesen (o.J., 2002) Weißbuch Qualitätsentwicklung und Qualitätssicherung im österreichischen

Schulsystem. [https://www.bmb.gv.at/schulen/sb/Weissbuch\\_10093.pdf?4dzi3h](https://www.bmb.gv.at/schulen/sb/Weissbuch_10093.pdf?4dzi3h); vgl. auch

[https://www.bmb.gv.at/schulen/sb/Weissbuch\\_Qualitaetssic10091.html](https://www.bmb.gv.at/schulen/sb/Weissbuch_Qualitaetssic10091.html)

BMBF-Bundesministerium für Bildung und Frauen (2016) Rundschreiben Nr.: 6/2016, Schulentwicklung mit SQA

<http://www.sqa.at/pluginfile.php/2068/course/section/1132/SQA%20Rundschreiben%206-2016.pdf>

**Rechnungshof**

RH (2015) Bericht des Rechnungshofes. Schulbehörden in Oberösterreich und Tirol: Landesschulräte. Bund 2015/13.

[http://www.rechnungshof.gv.at/fileadmin/downloads/\\_jahre/2015/berichte/teilberichte/bund/Bund\\_2015\\_13/Bund\\_2015\\_13\\_2.pdf](http://www.rechnungshof.gv.at/fileadmin/downloads/_jahre/2015/berichte/teilberichte/bund/Bund_2015_13/Bund_2015_13_2.pdf)

RH (2012) Finanzierung der Landeslehrer. RH Bund 2012/4 (16.04.2012)

[http://www.rechnungshof.gv.at/fileadmin/downloads/2012/berichte/berichte\\_bund/Bund\\_2012\\_04.pdf](http://www.rechnungshof.gv.at/fileadmin/downloads/2012/berichte/berichte_bund/Bund_2012_04.pdf);

[http://www.rechnungshof.gv.at/fileadmin/downloads/\\_jahre/2012/aktuelles/pressemitteilungen/kurzfassungen/bund/Kurzfassung\\_Bund\\_2012\\_04.pdf](http://www.rechnungshof.gv.at/fileadmin/downloads/_jahre/2012/aktuelles/pressemitteilungen/kurzfassungen/bund/Kurzfassung_Bund_2012_04.pdf)

RH (2015) Finanzierung der Landeslehrer. RH Follow-up

[http://www.rechnungshof.gv.at/fileadmin/downloads/\\_jahre/2015/berichte/teilberichte/bund/Bund\\_2015\\_12/Bund\\_2015\\_12\\_2.pdf](http://www.rechnungshof.gv.at/fileadmin/downloads/_jahre/2015/berichte/teilberichte/bund/Bund_2015_12/Bund_2015_12_2.pdf)

RH (2013) Stellungnahme zur Novelle zur Landeslehrer-Controllingverordnung.

[http://www.rechnungshof.gv.at/fileadmin/downloads/2013/beratung/gesetzesbegutachtungen/Stellungnahme\\_Novelle\\_zur\\_Landeslehrer-Controllingverordnung.pdf](http://www.rechnungshof.gv.at/fileadmin/downloads/2013/beratung/gesetzesbegutachtungen/Stellungnahme_Novelle_zur_Landeslehrer-Controllingverordnung.pdf)

### Qualitäts- und Schulentwicklungsinstrumente

qibb – Qualitätsinitiative Berufsbildung, Internet: <https://www.qibb.at/de/home.html>

sqa – Schulqualität Allgemeinbildung, Internet: <http://www.sqa.at/>

IMST-Projekt ‚Innovationen Machen Schulen Top!‘ <https://www.imst.ac.at/>

### Interessenvertretungen

Personalvertretung Bund (BKA)

[https://www.oeffentlicherdienst.gv.at/moderner\\_arbeitgeber/dienstrecht/gesetze/personalvertretungsgesetz.html](https://www.oeffentlicherdienst.gv.at/moderner_arbeitgeber/dienstrecht/gesetze/personalvertretungsgesetz.html)

Personalvertretung Tirol (BKA) <http://www.ris.bka.gv.at/GeltendeFassung.wxe?Abfrage=LrT&Gesetzesnummer=20000510>

Personalvertretung-Steiermark: Verwaltung>Dienststellen>A6 Bildung und Gesellschaft>Referat

Pflichtschulen>Personalvertretung>Zentralausschuss

<http://www.verwaltung.steiermark.at/cms/beitrag/11017711/74837274>

Personalvertretung Oberösterreich: Direktion Bildung und Gesellschaft: Nachgeordnete Organisationseinheiten:

Geschäftsstelle des Zentralausschusses für Landeslehrer für allgemeinbildende Pflichtschulen; Geschäftsstelle des

Zentralausschusses für Landeslehrer für land- und forstwirtschaftliche Fach- und Berufsschulen <https://www.land->

[oberoesterreich.gv.at/60516.htm](https://www.land-oberoesterreich.gv.at/60516.htm)

GOED Gewerkschaft Öffentlicher Dienst, Schulwesen in Landesvorständen vertreten, z.B. Kärnten <http://www.goed->

[ktn.at/organisation/landesvorstand/](http://www.goed-ktn.at/organisation/landesvorstand/), Vorarlberg [http://vorarlberg.goed.at/#xl\\_xr\\_page\\_landesvorstand](http://vorarlberg.goed.at/#xl_xr_page_landesvorstand)

GOED Gewerkschaft Öffentlicher Dienst, für Schulwesen 4 Bundesvertretungen (Pflichtschullehrer, Höhere Schule,

Berufsschullehrer, Lehrer an berufsbildenden mittleren und höheren Schulen; <http://goed.at/ueber->

[uns/organigramm/bundesvertretungen/](http://goed.at/ueber-uns/organigramm/bundesvertretungen/))

GOED Gewerkschaft Öffentlicher Dienst, Landesvertretungen bzw. Landesleitungen für jeden dieser Bereiche und auch für

die Unterrichtsverwaltung, z.B. Niederösterreich <http://noe.goed.at/>; Steiermark <http://www.goed->

[stmk.at/Landesleitungen.8.0.html](http://www.goed-stmk.at/Landesleitungen.8.0.html)

### Weitere themenspezifische Beiträge

#### Föderalismus, Autonomie

Öhlinger, Theo (1981) Anmerkungen zu den Gründungstheorien des Bundesstaates. ÖZP No.3, 253-260.

Öhlinger, Theo (1993) Zur Autonomisierung der Schule. Staatstheoretische und verfassungsrechtliche Aspekte. Gutachten 12.7.1003, Institut für Staats- und Verwaltungsrecht, Univ.Wien.

Posch, Peter / Altrichter, Herbert (1992) Schulautonomie in Österreich. Wien: Bundesministerium für Unterricht und Kunst, mehrere Auflagen und Folgeprojekte/Publikationen.

LSR (1993) Strukturreform im Österreichischen Schulwesen vorgelegt von den Amtsführenden Präsidenten der Landesschulräte Österreichs. Präsentation (Okt.).

Kreisky, Eva (1981) Thesen zur politischen und sozialen Funktion des Föderalismus in Österreich. ÖZP 3/1981, 261-277.

Pernthaler, Peter (1992) Föderalistische Verfassungsreform: Ihre Voraussetzungen und Wirkungsbedingungen in Österreich. ÖZP 21(4), 365-388.

Bußjäger, Peter (2015) Die EU und der Föderalismus in Österreich. In: Maurer, Andreas; Neisser, Heinrich; Pollak, Johannes (Hg.) 20 Jahre EU-Mitgliedschaft Österreichs. Wien: Facultas, 205-218.

Schilcher, Bernd/Androsch, Hannes (2015) Schulautonomie und Ganztagsunterricht. Wir kennen unser Bildungssystem lange genug, um zu wissen, was zu tun ist. In: Strolz, Matthias/ Unger, Michael, Hg. (2015) Die mündige Schule. Buntbuch Schulautonomie. Wien: Contentkaufmann. S.245-250.

Weissbuch. Das Konzept zur ‚mündigen Schule‘. In: Strolz, Matthias, Unger, Michael, Hg. (2015) Die mündige Schule. Buntbuch Schulautonomie. Wien: Contentkaufmann, S.253-282.

Blanchenay, Patrick/Burns, Tracey/ Köster, Florian (2014) Shifting Responsibilities - 20 Years of Education Devolution In Sweden: A Governing Complex Education Systems Case Study, OECD Education Working Papers, No. 104, OECD Publishing. <http://dx.doi.org/10.1787/5jz2jg1rard7-en>

Gutmann, Amy (1987) Democratic Education. Princeton: Princeton University Press.

#### Governance

Seel, Helmut (1996) Die Entwicklung der Schulverwaltung in Österreich. In: Verwaltungsqualität-Unterrichtsqualität. Beiträge zum Symposium in Domburg/Niederlande 13-15.Dez.1995. Innsbruck-Wien: studienverlag, S. 41-81.

- Schmid, Kurt/ Ascher, Christoph/ Mayr, Thomas (2009) Reformpunkte zum österreichischen Schulgovernance-System. Kurzexpertise im Auftrag von Management Club (August). Wien: IBW.
- Landertshammer, Michael (2007) Reformpunkte zum österreichischen Schulgovernance-System. Präsentation (11.Mai). Wirtschaftskammer Österreich-WKO
- Management Club (2009) Schulverwaltung NEU. Das mc-Modell. Presseunterlage, ausgearbeitet in einer Kurzexpertise des ibw, Mitarbeit und Feedback durch: Bernd Schilcher, Heinz Mayer, Franz Fiedler.
- Schmid, Kurt (2005) Schulgovernance im internationalen Vergleich. Schulautonomie und Schulverwaltung, Lehrergehälter und Lehrerweiterbildung. ibw-Forschungsbericht Nr. 127, Wien: IBW.
- Schmid, Kurt (2007) Österreichs Schulgovernance im internationalen Vergleich. Wirtschaftspolitische Blätter 54 (1), 115-129.
- Schmid, Kurt/ Hafner, Helmut/ Pirolt, Richard (2007) Reform von Schulgovernance-Systemen. Vergleichende Analyse der Reformprozesse in Österreich und bei einigen PISA-Teilnehmerländern. ibw-Schriftenreihe Nr. 135, Wien: IBW.

### **Schulentwicklung, Qualitätssicherung**

- Eder, Ferdinand; Posch, Peter; Schratz, Michael; Specht, Werner; Thonhauser, Josef (Hrsg.) (2002) Qualitätsentwicklung und Qualitätssicherung im österreichischen Schulwesen. Innsbruck, Wien und München: Studienverlag.
- Rutrecht, Rosemarie (1999) Auf dem Weg zur lernenden Organisation. Gefahren der Entwicklung, defensive Routinen oder kreativer Zugang. In: Beucke-Galm, Mechtild, Fatzer, Gerhard, Rutrecht, Rosemarie (Hg.) Schulentwicklung als Organisationsentwicklung. Köln: Edition Humanistische Psychologie, S.445-460.
- Oelkers, Jürgen; Reusser, Kurt, mit Beiträgen von Esther Berner, Uli Halbheer und Stefanie Stolz (2008) Qualität entwickeln – Standards sichern – mit Differenz umgehen. Bildungsforschung Band 27. Bonn, Berlin: Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF). [https://www.bmbf.de/pub/Bildungsforschung\\_Band\\_27.pdf](https://www.bmbf.de/pub/Bildungsforschung_Band_27.pdf)
- Heers, Marieke, Van Klaveren, Chris, Groot, Wim, Maassen van den Brink, Henriëtte (2004) Community Schools Unfolded: A review of the literature. TIER WORKING PAPER SERIES. TIER WP 11/04. <http://www.tierweb.nl/tier/assets/files/UM/Working%20papers/Literature%20Review%20Community%20Schools%20TIER%20October%202011.pdf>
- Sanders, Mavis G. (2003) Community Involvement in Schools: From Concept to Practice. Education and Urban Society (February) 35: 161-180.
- Burton, Paul, Goodlad, Robina, Croft, Jacqui, Abbott, Jo, Hastings, Annette, Macdonald, Geraldine, Slater, Tom (2004) What works in community involvement in area-based initiatives? A systematic review of the literature. University of Bristol and University of Glasgow. Online Report 53 /04 <http://webarchive.nationalarchives.gov.uk/20110218135832/http://rds.homeoffice.gov.uk/rds/pdfs04/rdsolr5304.pdf>
- Strittmatter, Anton (1994) Generalbericht. In. OECD/CERI Seminar (1994) Was können Schulen für die Schulentwicklung leisten? Einsiedeln 26.9-1.10.1993. Schulentwicklung Bd.25. Wien: ÖBV, S.9-25.

### **Mittelstufe**

- Eder, Ferdinand (2009) Die Schule der 10- bis 14-Jährigen als Angelpunkt der Diskussion um Struktur und Qualität des Schulsystems. In NBB 2009 Bd.2 <https://www.bifie.at/buch/1024/a/2> sh. auch [https://www.bifie.at/system/files/buch/pdf/2009-06-16\\_NBB-Band2.pdf](https://www.bifie.at/system/files/buch/pdf/2009-06-16_NBB-Band2.pdf)
- Vierlinger, Rupert (2009) Steckbrief Gesamtschule. Wien: Böhlau.

### **Professionalisierung**

- Altrichter, Herbert, Posch, Peter (2007) Lehrerinnen und Lehrer erforschen ihren Unterricht. Unterrichtsentwicklung und Unterrichtsevaluation durch Aktionsforschung: Bad Heilbrunn: Klinkhardt.
- Elliott, John (1992) Teachers as researchers in classrooms and schools. In: Krainer, Konrad, Tietze, Walter, Hg. Schulentwicklung an der Basis. LehrerInnen machen Schule. Wien: Böhlau, S.254-265.
- Schön, Donald A. (1983) The reflective practitioner: how professionals think in action. New York: Basic Books.
- Eraut, Michael (1994) Developing Professional Knowledge and Competence. London: Routledge.
- Goodson, Ivor F., Lindblad, Sverker, Eds. (2011) Professional Knowledge and Educational Restructuring in Europe. Rotterdam: Sense. tw. <https://www.sensepublishers.com/media/797-professional-knowledge-and-educational-restructuring-in-europe.pdf>
- Rubin, C.M. (2013) The Global Search for Education: What is the Fourth Way? Education News 28.1.2013. <http://www.educationviews.org/the-global-search-for-education-what-is-the-fourth-way/>